



Schweigeminuten am Montag an der **Frankfurter Börse** zum Gedenken an die Opfer von Madrid. Ein Händler hat Telefonhörer beiseite gelegt

Experten dämpfen Angst vor Terrorfolgen

Konjunkturerholung setzt sich laut Ökonomen trotz der Anschläge von Madrid fort · Gefahr bei weiteren Attacken

Von **Mark Schieritz**
und **Katrin Elger**, Berlin

Trotz der Terroranschläge in Madrid wird sich die Erholung der Konjunktur in der Euro-Zone nach der überwiegenden Einschätzung von Ökonomen fortsetzen. „Die globale Bedrohungslage hat sich nicht grundsätzlich geändert“, sagte Klaus Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Er sehe keine Veranlassung, seine Wachstumsprognose zu revidieren.

Gebhard Flaig, Konjunkturchef des Münchner Ifo-Instituts, sagte, er erwarte zwar „gewisse negative Effekte“, glaube aber nicht, „dass die Auswirkungen dramatisch sind“. Erst eine Welle neuer Anschläge könnte das Wirtschaftsvertrauen so weit eintrüben, dass es zu einem Wachstumseinbruch komme. Pessimistischer als die meisten Kollegen äußerten sich die Experten der Investmentbank Goldman Sachs, nach deren Berechnungen der Anschlag das Wachstum 2004 um 0,2 Prozentpunkte reduziert.

Damit dämpft die Mehrheit der Experten Befürchtungen, die Terroranschläge könnten die Konjunktur im Währungsraum kippen lassen. Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder gab sich gestern optimistisch, dass die konjunkturelle Aufwärtsbewe-

gung weitergehe. Nachdem sich am Wochenende der Verdacht erhärtet hatte, dass die Terrororganisation al-Kaida für die Attacken verantwortlich ist, hatten einige Ökonomen vor gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Anschläge gewarnt.

Laut dem Chefvolkswirt der Hypo-Vereinsbank, Martin Hüfner, könne zwar die Zuversicht von Firmen und Verbrauchern leiden. Diese Effekte seien aber vorübergehend. „In der Regel kommt die Konjunktur nach

solchen Ereignissen schnell wieder in Gang“, so Hüfner. Einzig die spanische Wirtschaft könne einen echten Dämpfer erhalten, weil das Land stark vom Tourismus abhängig sei und möglicherweise Reisende vom Spanienurlaub abgehalten würden.

Ähnlich äußerte sich Joachim Scheide, Konjunkturchef am Kieler Institut für Weltwirtschaft. Die Anschläge des 11. September 2001 in den USA hätten gezeigt, dass die Verunsicherung nicht dauerhaft sei. Damals

waren Verbraucher- und Unternehmensvertrauen eingebrochen, der Rückgang sei aber „erstaunlich schnell“ wettgemacht worden.

„Für die Wirtschaft in Deutschland und der Euro-Zone sind die Folgen des 11. März nicht gravierend“, so Hüfner. Ähnlich äußerte sich Zimmermann. Entwicklungen wie die Aufwertung des Euro seien für die Konjunktur wichtiger.

Zudem dürften nach Aussage der Volkswirte die außenpolitischen Folgen der Attentate in Madrid weniger problematisch sein als jene des 11. September 2001. Die Anschläge auf New York hätten maßgeblich zu der Entscheidung der US-Regierung beigetragen, Krieg gegen Irak zu führen. Das wiederum habe über Monate die Firmen weltweit verunsichert. Solche Folgen seien nach dem Madrider Attentat nicht zu erwarten, so Hüfner. Stattdessen könnte sich der Wahlsieg der Sozialisten positiv auf die Einigung Europas auswirken. Dies sei im Interesse der Wirtschaft. „Die neue Regierung zeigt sich bei der EU-Verfassung kompromissbereiter“, sagte der Ökonom.

Der Europa-Chefvolkswirt von Goldman Sachs, David Walton, senkte seine Wachstumsprognose für die Euro-Zone von 2,2 auf 2,0 Prozent. Die Anschläge würden die ohnehin schwache Konsumdynamik zusätzlich dämpfen.

LANGFRISTIGE AUSWIRKUNGEN

Teure Sicherheit

Auch wenn die Ökonomen die kurzfristigen Folgen der Anschläge in Madrid für die Konjunktur als begrenzt einschätzen, verringert der Terror den Experten zufolge auf längere Sicht die Wachstumschancen. Die erhöhten Sicherheitsvorkehrungen an den Grenzen etwa verteuern den internationalen Handel. Nach Studien der Industrieländerorganisation OECD bremsen ein Anstieg der Transportkosten um ein Prozent den Handel um drei Prozent. Berechnungen von Volker Nitsch, Volkswirt an der Freien Universität Berlin, zeigen, dass eine Verdopp-

lung der Zahl der Terroranschläge den Handel bereits im gleichen Jahr um vier Prozent senkt. Weniger Handel bedeutet weniger internationale Arbeitsteilung und damit weniger Wohlstand.

Zudem erhöhen vom Terror betroffene Staaten häufig ihre Ausgaben für Sicherheitsdienste und Militär. Auch dies belastet nach Einschätzung der Ökonomen das langfristige Wachstum. „Die Militärausgaben lenken Ressourcen vom privaten in den öffentlichen Sektor und schaden damit der Produktivität“, so Bill Dudley von Goldman Sachs. *Sebastian Dullien*